

Querschüsse aus München

Die TV-Sendung „Quer“ thematisiert den Streit um den Bau eines Flugplatzes im Landkreis. Coburger Befürworter kritisieren den Beitrag scharf.

Von Sven Lindner

Coburg – Falsche Informationen, hinkende Vergleiche: Willi Kuballa, Leitender Rechtsdirektor der Stadt Coburg, lässt kein gutes Haar an der Sendung „quer“ des Bayerischen Rundfunks. Gestern wurde dort der Streit um den geplanten Verkehrslandeplatz bei Neida, Gemeinde Meeder, thematisiert. Tenor: Wegen zwei großen Unternehmen wolle die Vestestadt, vor allem mit Steuergeldern, einen Flughafen bauen, obwohl sie einen hat.

Um ihre Sicht der Dinge zu erläutern, haben Kuballa, Björn Schumacher, Geschäftsführer des Unternehmens Schumacher Packaging, und Patricia Leistner-Hofmann, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK zu Coburg, gestern zu einem Pressegespräch geladen. Zunächst stellte Leistner-Hofmann klar: „Es geht nur darum, den status quo zu erhalten.“ Zwar habe man noch einen Flugplatz, doch dürfe ab 2019 nicht nur Brose, sondern der gesamte Geschäftsverkehr nur noch im Sichtflugverkehr starten oder landen. „Es wird keinen 86. Flughafen geben.“

Zumal Flughafen der falsche Begriff sei. „Wir planen einen Verkehrslandeplatz“, betont Kuballa. Deswegen hinke der Vergleich mit den verlustträchtigen Projekten in Mem-



„Wir fürchten um die Existenzen unserer landwirtschaftlichen Betriebe“: Landwirte äußern in der TV-Sendung „Quer“ ihren Unmut über den geplanten Verkehrslandeplatz bei Neida. Der Beitrag beinhalte falsche Informationen, sagen Befürworter aus der Wirtschaft. Foto: Screenshot BR „Quer“

mingen, Kassel oder Hof. Es werde keine Urlaubsflüge geben. Das heißt: Abfertigungshallen oder Sicherheitschleusen sind unnötig. „Es geht nur um den Geschäftsbetrieb.“ Man macht sich dennoch keine Illusionen, dass er gewinnträchtig betrieben werden kann. Aber: „Aktuell ist der Flugplatz auch ein Verlustgeschäft“, sagt Kuballa.

Laut Schumacher helfe der BR-Beitrag nicht bei der Meinungsbildung. „Er ging nur in eine Richtung. Es

sind nur Dinge gebracht worden, die ins Muster passen.“ Es seien deutlich mehr als zwei Unternehmen, die Interesse an dem Landeplatz hätten. Insgesamt gibt es auf der Brandensteinsebene etwa 14 000 Flugbewegungen pro Jahr. Davon sind rund 1400 Geschäftsflüge. „Die Unterstützung innerhalb der Wirtschaft war noch nie so groß wie heu-

te“, sagt Leistner-Hofmann. In Neida könnten Unternehmer ohne eigenes Flugzeug eines chartern.

„Es sind nur Dinge gebracht worden, die ins Muster passen.“

Björn Schumacher

tiger, die Mitarbeiter, die auf Flüge angewiesen sind, „woanders ins Büro zu setzen“. Er bekräftigt: „Ich kann

nicht mehr meinen Job machen ohne den Flugplatz.“ Von den anvisierten 30 Millionen Euro Kosten würden Unternehmen ein Drittel übernehmen. Der Rest wird aus Steuern finanziert. Die würden zu einem großen Teil von Firmen kommen.

Bis spätestens 1. Juli sollen die Planfeststellungsunterlagen eingereicht werden. Momentan arbeite man an einem Finanzierungskonzept, berichtet Kuballa. Zu diesem Thema meldet sich Dagmar Escher,

Kreisrätin der Grünen und Vorsitzende des Bündnisses „Bürger für ihre Region, gegen den neuen Verkehrslandeplatz“, in einer Pressemitteilung zu Wort. Sie bezieht sich auf ein Schreiben von IHK-Präsident Friedrich Herdan vom November 2013 an die Fraktionsvorsitzenden des Kreistags. Dort hieß es, „mit Erreichung der Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren muss nun dargelegt werden, dass die Finanzierung und Verantwortung für den Bau, aber auch den Betrieb des Verkehrslandeplatzes gesichert ist“. Voraussetzung sei eine positive Beschlussfassung in den Gremien, unter anderem des Landkreises und der Stadt Coburg. Weiter hieß es, der Freistaat Bayern habe in Aussicht gestellt, das Projekt mit 50 Prozent zu fördern.

Nach Eschers Auskunft habe Innenminister Joachim Herrmann, CSU, auf Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Susanne Biedefeld erklärt, keine Förderung dieses Projekts in der Region in Aussicht gestellt zu haben. Ferner müsse die Finanzierung nicht gesichert sein. Es müsse nach Auskunft Eschers, die sich auf Schreiben bezieht, mit dem Meeders Bürgermeister Josef Brunner eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Kreistag, Bernd Lauterbach, beantwortet, lediglich gegenüber dem Luftamt Nordbayern als Planfeststellungsbehörde „überschlägig dargelegt“ werden, dass die „Finanzierung realisierbar erscheint“. Das reiche, damit Baurecht erteilt werden kann. Deshalb könne der Kreistag nach Auskunft Brunners abwarten, ob Baurecht erteilt wird, und danach über eine eventuelle finanzielle Beteiligung beschließen.